

Nach Libyen - die nächsten Krisenherde der Uno

Die Uno-Resolution zum Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen hat die Bedeutung des Sicherheitsrates unterstrichen, dem momentan viele wichtige Staaten angehören. Mehrere Blauhelmmissionen spielen überdies eine wichtige Rolle, um Konflikte in Afrika und in Afghanistan einzudämmen. Von Elisabeth Schöndorf und Markus Kaim

Das Jahr 2011 hält für den Uno-Sicherheitsrat eine beunruhigende Perspektive bereit: Er wird getrieben sein von der kurzfristigen Reaktion auf eskalierende Krisen. Nach der kontroversen Abstimmung über die Libyen-Resolution 1973 wird er seine Aufmerksamkeit - ein knappes Gut in der internationalen Politik - rasch aufteilen und auf die nächsten Krisen ausrichten müssen. Erstens bedeutet dies für die einzelnen Mitglieder des Rats, insbesondere die nichtständigen, dass ein Staat zwar eine ambitionierte Agenda verfolgen und versuchen kann, innerhalb seiner Mitgliedschaft in dem Gremium eigene Akzente zu setzen. Doch letztlich bleiben individuelle Gestaltungsspielräume sehr begrenzt. Kooperation inner- wie ausserhalb des Gremiums ist daher die Maxime.

Hilfe für den Sudan

Eine zweite Herausforderung ist ebenfalls in der Libyen-Krise erkennbar geworden: Der Sicherheitsrat steht vor der Aufgabe, mit den Lehren umzugehen, die die Nato-Mitglieder aus der Mission in Afghanistan ziehen werden. Sollten sie das Land verlassen müssen, ohne den angestrebten Erfolg erzielt zu haben, werden sie, aber auch andere Uno-Mitglieder in Zukunft sehr zurückhaltend sein, vergleichbare Mandate zu übernehmen. Die Gefahr besteht, dass die Umsetzung von Mandaten des Sicherheitsrats überall dort, wo sie auch militärischer Mittel bedarf, dauerhaft eingeschränkt ist. Schliesslich besteht drittens die Gefahr, unter hohem zeitlichem und politischem Druck nicht auf jede Krise angemessen reagieren zu können, deren Einhegung häufig für die Stabilisierung einer spezifischen Grossregion entscheidend ist. Eine Prioritätensetzung des Sicherheitsrates ist daher unerlässlich. Drei Länder rücken jenseits aktueller Debatten für die nächsten Monate in den Fokus: Côte d'Ivoire, der Sudan und Afghanistan.

Eine Eskalation, die sich seit Monaten ankündigt und sich zurzeit dramatisch entwickelt, ist in Côte d'Ivoire zu verzeichnen. Dort wurde die Lage Ende 2010 aufgrund der Spannungen zwischen den Rivalen um das Präsidentenamt instabil. Mittlerweile wurden über 500 Menschen getötet, etwa eine Million ist auf der Flucht. Die bereits seit 2004 im Land stationierte Uno-Mission, die nach Ende des Bürgerkriegs das Friedensabkommen überwacht, steht dem Geschehen nahezu machtlos gegenüber. Teilweise wird sie selbst angegriffen. Ihre Verstärkung durch Soldaten der benachbarten Uno-Mission in Liberia war ein wichtiger Schritt, ebenso wie der

Erlass von Sanktionen gegen den unterdessen festgenommenen Präsidenten Gbagbo. Doch der Sicherheitsrat muss die Mission dringend weiter aufstocken, sie mit einem angemessen robusten Mandat versehen und für die Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen sorgen. Er wird ausserdem stärker auf die Kooperation mit der Afrikanischen Union und der westafrikanischen Ecomog setzen müssen. Südafrika und Nigeria als wichtige Mitglieder dieser Organisationen und des Sicherheitsrats 2011 müssen hier gewichtigere Beiträge leisten als bisher.

Der zweite Krisenherd droht im Sudan: Am 9. Juli steht die Staatsgründung des Südsudans bevor. Damit endet dann das Mandat der Uno-Mission im Sudan, die seit März 2005 zum Ziel hat, den Friedensvertrag zwischen der sudanesischen Regierung und der südsudanesischen Sezessionsbewegung zu überwachen. In diesem Zusammenhang sind eine Reihe von Problemfeldern noch ungeklärt, die auch die Mitglieder des Sicherheitsrats berücksichtigen müssen, etwa Fragen des Verlaufs der Grenze und ihrer Überwachung, der politischen Entwicklung im Nordsudan und diejenigen Fragen, die mit der Ölförderung verbunden sind.

Weniger Nato und mehr Uno

Die Region wird lange Jahre auf internationale Hilfe angewiesen sein. Und wahrscheinlich wird aus Anlass der Staatsgründung eine neue Uno-Mission entsandt werden. Die Mitglieder des Sicherheitsrates sollten mit der Bereitstellung auch eigenen Personals und von Ausrüstung für diese Mission unterstreichen, dass sie bereit und fähig sind, fragile Staaten zu stabilisieren. Denn die Erfahrungen mit der Afrikanischen Union in der Mission zum Schutz der Zivilbevölkerung in der sudanesischen Provinz Darfur unterstreichen, dass die Bereitschaft afrikanischer Akteure, eine Uno-Mission operativ zu führen, trotz gegenteiliger Rhetorik häufig an Grenzen stösst.

Ein «Dauerbrand» herrscht in Afghanistan. Am Hindukusch engagieren sich vor allem die Nato-Mitglieder des Sicherheitsrates seit 2001 mit enormen Ressourcen. In ihrem Interesse liegt es vor allem, die Uno-geführte Unama-Mission zu stärken, deren Mandat im Windschatten der Libyen-Krise am 22. März verlängert worden ist: Je mehr die Nato-geführte Isaf-Mission infolge des Truppenabzugs bis zum Jahr 2014 an Bedeutung verlieren wird, desto bedeutsamer muss die Uno-Mission werden. Zwar hat sie wegen des Eklats um den Betrug bei den Parlamentswahlen 2010 an Glaubwürdigkeit eingebüsst. Als koordinierende Instanz im Wiederaufbauprozess und als unparteiischer Verhandlungspartner ist sie jedoch unabdingbar für einen Friedensschluss. Eine im Mandat bereits angelegte Dimension sollte politisch wie operativ stärker herausgearbeitet werden: die der regionalen Zusammenarbeit.

So beunruhigend die Herausforderungen 2011 sind - der Rat hat alle Möglichkeiten, ihnen zu begegnen. Nie war das Gremium mächtiger: Erstmals sind alle wichtigen Regionalmächte des Südens darin vertreten, ferner grosse Geberländer aus EU und G-8. Schliesslich sind 9 der 15 Ratsmitglieder zugleich G-20-Staaten. Die Chance, die

sich daraus ergibt, sollte der Sicherheitsrat nutzen. Mehr Handlungsfähigkeit würde nicht nur die Effektivität des Krisenmanagements erhöhen, sondern die Bedeutung der Uno als zentrale multilaterale Institution im 21. Jahrhundert unterstreichen.

Elisabeth Schöndorf und **Markus Kaim** sind Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.